

Keine Veloabstellplätze im Posttunnel

LANGENTHAL Der Gemeinderat will am Bahnhof Langenthal vorläufig keine neuen Veloabstellplätze schaffen – aus finanziellen und zeitlichen Überlegungen. Das geht aus der Antwort auf eine überparteiliche Motion aus dem Jahr 2012 hervor.

Am Bahnhof Langenthal bestehen heute etwa 1500 Veloabstellplätze. Zu wenig, fanden mehrere Mitglieder des Stadtrates im November 2012 und reichten eine überparteiliche Motion ein. Es war ein Zusammenschluss, wie er nur selten vorkommt: Renato Baumgartner, Bernhard Marti (beide SP), Karin Rickli (Grüne), Christoph Stäger (GLP), Patrick Freudiger (SVP) und Pascal Dietrich (JLL) taten sich zusammen und verlangten vom Gemeinderat, die unbefriedigende Situation der Veloabstellplätze am Bahnhof Langenthal möglichst rasch zu verbessern (wir berichteten).

Erweiterung erst ab 2018

In der Zwischenzeit hat das Stadtbauamt im Auftrag des Gemeinderates das Anliegen der Motionäre geprüft. Der Bericht, der nun im Hinblick auf die nächste Stadtratssitzung am 24. Februar vorliegt, dürfte die sechs Stadtratsmitglieder nicht zufriedenstellen. Vorläufig sollen keine neuen Veloabstellplätze geschaffen werden. Erst mit der Umsetzung des Entwicklungsschwerpunktes (ESP) Bahnhof ab dem Jahr 2018 sei eine Aufstockung um etwa 1000 Abstellplätze vorgesehen, heisst es im Bericht des Stadtbauamtes.

In den vergangenen Jahren seien die Velo- und Mofaabstellplätze rund um den Bahnhof im möglichen Rahmen erweitert und aufgewertet worden. Die SBB hätten beispielsweise 2011 ihre Abstellplätze saniert, schreibt das Stadtbauamt. Dabei sei auch die Anzahl der Plätze erhöht worden. Das Stadtbauamt ist sich jedoch des Handlungsbedarfs bewusst: Eine Erweiterung der Abstellflächen sei sicher wünschenswert. «In der unmittelbaren Nähe zu den Perronzugängen gibt es jedoch keine städ-

tischen Grundstücke oder Gebäude, die sich kurzfristig für die Schaffung neuer Abstellplätze eignen würden.» Das Stadtbauamt hat daher vier Massnahmen zur Verbesserung der Situation geprüft.

Doppelstock-Parksystem

- Das PVB Maxi.mumm, das bereits seit längerem für den Unterhalt der Veloparkierung am Bahnhof zuständig ist, soll Velos und Mofas, die nicht regelmässig benützt werden, noch konsequenter kennzeichnen und nach Ablauf einer Frist einsammeln.

- Die bestehenden Abstellplätze zwischen der bewachten Velostation und der Liegenschaft Jurastrasse 46 sollen durch das Doppelstock-Parksystems «Etage 2» der Firma Velopa AG ersetzt werden. Laut der Herstellerin wäre mit dieser Abstellvorrichtung eine Verdoppelung der jetzigen Anzahl möglich. Im Bericht des Stadtbauamtes werden die Kosten für diese Massnahme auf über 500 000 Franken für etwa 650 Abstellplätze geschätzt.

- Aufhebung von Autoparkplätzen an zwei Standorten beim Bahnhof. So könnten zusätzlich etwa 150 Veloabstellplätze erstellt werden.

- Im Untergeschoss des Postgebäudes besteht ein direkter Anschluss zur SBB-Personenunter-

führung. Der sogenannte Posttunnel wird von der Post nicht mehr benutzt. Die Stadt hatte bereits 2004 geprüft, ob dort Veloabstellplätze realisiert werden könnten. Sie kam zum Schluss, dass mit baulichen Anpassungen etwa 300 Plätze möglich wären. Die Projektkosten wurden damals auf etwa 800 000 Franken beziffert.

Unverhältnismässig

Im Bericht wird die erste Massnahme als «Daueraufgabe» bezeichnet. Die zweite und dritte Massnahme werden als «kurzfristig» deklariert, die vierte als «mittelfristig». «Von der Umsetzung der Massnahmen zwei bis vier sieht das Stadtbauamt aus finanziellen und zeitlichen Überlegun-

gen sowie der Auslastung der heutigen Autoabstellplätze ab», heisst es im Bericht. Mit Blick auf den ESP Bahnhof werden das Doppelstocksystem wie auch zusätzliche Plätze im Posttunnel als unverhältnismässig erachtet.

Der Gemeinderat hat deshalb entschieden, das Stadtbauamt solle nach der Berichterstattung im Parlament mit der Realisierung der ersten Massnahme beauftragt werden. Zudem wird die Motion abgeschrieben. Auch wenn die Motionäre mit dem Bericht nicht einverstanden sein sollten, haben sie wenig Spielraum. Denn der Gemeinderat ist seinem Prüfungsauftrag nachgekommen, der Stadtrat kann den Bericht lediglich zur Kenntnis nehmen. Tobias Granwehr



Am Bahnhof Langenthal sind Veloabstellplätze gefragt. Eine überparteiliche Motion verlangte Verbesserungen, weil auf den Abstellplätzen oft Platzmangel herrsche. Der Gemeinderat verzichtet jedoch vorderhand auf die Schaffung neuer Abstellplätze.

Thomas Peter

Stadt rüffelt Region

LANGENTHAL Die Stadtregierung kritisiert den Vorstand der Region Oberaargau wegen dessen Wahlkampfunterstützung.

Es war zwar keine explizite Wahlempfehlung, kam einer solchen aber sehr nahe: Im Dezember gab der Vorstand der Region Oberaargau bekannt, dass er die Grossratskandidaturen von vier bürgerlichen Vorstandsmitgliedern unterstütze. Das sorgte von links bis rechts für Kritik – und hatte in Langenthal einen Vorstoss von SP-Stadtrat und Geschäftsprüfungskommissionspräsident Bernhard Marti zur Folge. Jetzt liegen die Antworten der Stadtregierung vor. Und diese hat keine Freude an der Wahlkampfunterstützung der Region.

«Der Gemeinderat beurteilt die Wahlempfehlungen des Vereins Region Oberaargau als politisch unglücklich.» Der Verein sei aber rechtlich selbstständig, er trage die Verantwortung für das Handeln seiner Organe. Pikant: Zu den vier empfohlenen Politikern zählt auch Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP).

Der Gemeinderat selber wird keine Wahlempfehlung für die kantonalen Wahlen abgeben. Denn es sei nicht seine Aufgabe, sich dafür zu engagieren. drh

Informatik: Gemeinderat verteidigt seine Auftragsvergabe

LANGENTHAL Der Gemeinderat beantwortet heikle Fragen zur Beschaffung von Informatikinfrastruktur an den Schulen und weist den Vorwurf zurück, dass leitende Angestellte zu eng mit den Lieferanten verbunden sein könnten.

Die schriftlichen Antworten des Gemeinderates erstrecken sich über mehr als sieben A4-Seiten. Zudem will Stadtpräsident Thomas Rufener an der Stadtratssitzung vom 24. Februar auch noch mündlich informieren. Das zeigt: Die gemeinsame Interpellation des letztjährigen Stadtratspräsidenten Daniel Steiner (EVP) und des GPK-Präsidenten Bernhard Marti (SP) zur Vergabe von Informatikaufträgen hat einiges ausgelöst.

ICT4kids ist das bisher umfangreichste Projekt der Stadt im Bereich Bildung und Informatik. Im August 2011 bewilligten die Stimmberechtigten einen Rahmenkredit von 4,23 Millionen Franken für die Informatikinfrastruktur an den Volksschulen und Kindergärten. Für den Betrieb wurden 487 000 Franken jährlich gesprochen.

Die Interpellanten wollten unter anderem wissen, warum bei der Beschaffung eine andere Ausschreibungs- und Vergabepaxis gewählt worden sei als bei vergleichbaren Beschaffungen. Sie fragten nach der Stückelung in «unzählige» Objektkredite sowie nach Gegenofferten und der Einhaltung von kantonalen Bestimmungen. «Aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung», wie Steiner und Marti stets betonten, fragten sie ausserdem: «Inwiefern bestehen zwischen leitenden Mitarbeitern der Stadtverwaltung und den Lieferanten persönliche Verflechtungen?»

Erhöhte Verantwortung

Zum Rahmenkredit wiederholt der Gemeinderat eine Antwort aus einer früheren Stadtratssitzung: «Bei der Vorlage ICT4kids handelt es sich in der Sache um eine Konzeptgenehmigung.» Dieses Vorgehen sei sinnvoll, weil die Informatikwelt sehr schnelllebig sei, die vorgesehene Umsetzungsdauer sich über mehrere Jahre erstrecke und im Vorfeld nicht in allen Teilen klar abgrenzbare Zusammenhänge mit den Sanierungsarbeiten in den Kreuzfeld-Schulhäusern be-

«Die Stadtverwaltung steht in guten, aber unabhängigen Beziehungen zu Lieferanten und Dienstleistenden.»

Der Gemeinderat Langenthal

standen hätten. Dieses Vorgehen sei in der Stadtverfassung explizit vorgesehen. Der Gemeinderat sei sich aber bewusst, dass dies seitens des Parlaments und der Stimmberechtigten einen «erhöhten Vertrauensvorschuss» voraussetze.

Der Gemeinderat sei somit zur Bewilligung von Objektkrediten ermächtigt, die im Einzelfall seine ordentlichen Finanzkompetenzen auch überschreiten dürften. In der Summe aller Kredite dürfe jedoch die Obergrenze des Rahmenkredites nicht überschritten werden. Der Gemeinderat übernehme damit auch eine erhöhte Verantwortung.

Die Stadt unterstehe wie alle Gemeinden den kantonalen Vorschriften über das öffentliche Beschaffungswesen. Bei der Frage,

ob ein kommunaler Schwellenwert erreicht ist, sei jedoch nicht die Höhe eines Objektkredites entscheidend. Viel mehr komme es dabei auf die einzelnen zu vergebenden Auftragssummen an.

Die Stadt hat laut Gemeinderat keine «Vergabepaxis». Sie wende die kantonalen Vorschriften an. Zur Stückelung hält der Gemeinderat fest, er habe bisher 18 Objektkredite genehmigt.

Im Rahmen einer umfangreichen Geräteevaluation habe sich die Stadtverwaltung übrigens schon 2008 grundsätzlich für den Einsatz von HP-Computerarbeitsplätzen entschieden.

«Keine Verflechtungen»

Zu möglichen persönlichen Verflechtungen steht zu lesen: «Die Frage suggeriert einen Vorwurf, insbesondere an den Fachbereichsleiter Informatik, den der Gemeinderat in aller Form zurückweist.» Sämtliche Aufträge seien durch einen Beschluss des Gemeinderates auf Antrag einer eigens dafür eingesetzten ämterübergreifenden Begleitgruppe vergeben worden. Und zwar «ohne dass einzelne Mitarbeitende direkt Einfluss nehmen konnten». rgw

Schulleiter Bacher hat gekündigt

HUTTWIL Gesamtschulleiter Bernhard Bacher hat seine Stelle in Huttwil per Ende Schuljahr gekündigt. Er wird in Konolfingen die Abteilung Bildung neu aufbauen.

Bernhard Bacher war letztes Jahr wegen eines Burn-outs lange krankgeschrieben. Dann kehrte er an seinen Arbeitsplatz zurück. Doch er habe feststellen müssen, dass der Widerstand aus der Lehrerschaft gegen die neuen Organisationsstrukturen seine Arbeit nach wie vor erschwert habe, hält er nun fest. Deshalb übernimmt er auf das neue Schuljahr den Aufbau der Abteilung Bildung in Konolfingen. Zwei Vorteile nennt er für diese neue Herausforderung: Einerseits sei die Abteilungsleitung in Konolfingen nicht mit der Leitung eines Schulstandortes verknüpft. Andererseits könne er die Abteilung ohne «Altlasten» aus 23 Jahren Schuldienst, aber mit der Erfahrung der 3 letzten Jahre aufbauen.

Neue Struktur

In diesen Jahren setzte Huttwil die Vorgaben der Teilrevision des kantonalen Volksschulgesetzes um und baute eine Schulleitung auf, welche die Führung der Schule von Schulkommission und Schulinspektorat übernahm. Bacher spielte bei diesem Prozess eine zentrale Rolle. Er setzte sich nicht nur aktiv für sie ein, sondern übernahm zusätzlich zur Standortleitung in der Hofmatt die Gesamtschulleitung.

Die neue Organisationsstruktur sei nicht bei allen Lehrkräften auf Gegenliebe gestossen, schreibt die Gemeinde. Dieser Widerstand habe die Zusammenarbeit zwischen der Schulleitung und einem Teil der Lehrerschaft erschwert.

Doppelfunktion mit Tücken

Seine Doppelfunktion habe in der Tat ihre Tücken gehabt, ergänzt Bacher: «Es war nicht immer einfach, abzugrenzen, für welche Aufgabe ich meine Zeit einsetzen soll.» Die Bildungskommission werde dieses Problem an ihrer nächsten Sitzung im Hinblick auf die Ausschreibung thematisieren, erklärt Walter Rohrbach (BDP), Ressortverantwortlicher Bildung im Gemein-



Bernhard Bacher hat als Gesamtschulleiter gekündigt.

derat. Sei doch die Problematik bekannt. Allerdings spreche auch viel für die Doppelfunktion. Erst durch sie entstehe ein Pensum von 90 bis 100 Prozent, das für diese Funktionen attraktiv sei.

Er schwankte zwischen Bedauern, dass der Gesamtschulleiter mit seiner jahrzehntelangen Erfahrung die Schule verlasse, erklärt Rohrbach weiter, und Verständnis dafür, dass dieser einen unbelasteten Neuanfang suche.

Bacher zeigt sich überzeugt, dass er eine gut funktionierende Schule hinterlässt. Gemeinderat und Bildungskommission danken ihm für seinen langjährigen Einsatz. Die Stelle wird ausgeschrieben. Ob es interne Bewerbungen geben wird, ist laut Rohrbach offen. Bachers Stellvertreter Stefan Flückiger verlässt Huttwil Ende Schuljahr ebenfalls: Er wird Schulleiter in Subingen (wir berichteten). jr